

UNZ-Redaktion und „Gläsernes Rathaus“

- per Mail -

Erfurt, den 12.04.2007

Erfurter Wohnungsverkauf im Spannungsfeld linker Politik

In Dresden wurden alle Wohnungen verkauft und ein Teil der Linken stimmte zu. Der Vorgang sorgte in und bei der Linkspartei.PDS für heftige Diskussionen zum Politikverständnis im Spannungsfeld kommunaler Realitäten.

Wenig später hat das Thema auch Thüringen erreicht, nicht nur als Diskussion, sondern als konkreten Entscheidungsvorgang. In Erfurt sollten über 5.000 kommunale Wohnungen verkauft werden und es stellte sich die Frage, wie sich wohl hier die Linkspartei.PDS positionieren würde.

Am Beginn der Diskussion entstand der Eindruck, als sollte die Verkaufsentscheidung unter Ausschluss der Öffentlichkeit nur im Aufsichtsrat erfolgen. Hier hat die Linkspartei.PDS Erfurt schließlich für eine öffentliche Diskussion und Entscheidung im Stadtrat gerungen und dies mit Erfolg.

Der Entscheidungsdruck für den Wohnungsverkauf war für die Linkspartei.PDS enorm. Nahezu geschlossen hat die Linkspartei.PDS-Stadtratsfraktion für den Verkauf gestimmt. Für die Zukunft der kommunalen Wohnungsgesellschaft war der Verkauf alternativlos, so die Entscheidungsbegründung. Als Außenstehender ist es unmöglich, diese Begründung in Zweifel zu ziehen, zumal hier die Fraktion fast geschlossen agierte. Was ich mir gewünscht hätte, wäre eine stärkere Thematisierung der Ursachen für die schwierige wirtschaftliche Situation der kommunalen Wohnungsgesellschaft. Ob es interne Ursachen im Unternehmen gab oder falsche kommunale Entscheidungen getroffen wurden, ist bis heute der Öffentlichkeit nicht bekannt. Auch ist es nicht erforderlich, eine schwierige Verkaufsentscheidung, die man gesellschaftspolitisch für falsch hält, jedoch in einer konkreten kommunalen Situation alternativlos erschien, auch noch vehement zu verteidigen. Gerade dadurch besteht die Gefahr, dass das eigene kommunale Profil und Glaubwürdigkeit verloren gehen.

In der Diskussion muss auch darauf verwiesen werden, dass die Erfurter Wohnungen an ein Unternehmen einer öffentlichen Bank veräußert wurden. Dies ist auch ein Unterschied zu Dresden. Eine öffentliche Bank und ihre Unternehmen sind unbestritten in einer größeren Sozialpflicht als ein privater Investor. Daran gilt es jetzt anzuknüpfen, insbesondere wenn es darum geht, die vertraglich fixierten Regelungen zum Schutz der Mieter auch durchzusetzen.

Frank Kuschel